

## F 2 – LV Bayern

### Der Goldrausch ist zu Ende!

Mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA begann eine der größten Krisen des modernen Kapitalismus. Die an den Finanzmärkten weitgehend unreguliert gehandelten Finanzprodukte sind zu kaum überblickbaren Risiken geworden, die längst auch die Realwirtschaft, d.h. die Bereiche der Wirtschaft, in denen ein wirklicher Mehrwert produziert wird, beeinflussen.

Sämtliche Industrienationen stehen heute vor dem Scherbenhaufen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte: Die in den 1980er Jahren unter den Begriffen „Thatcherism“ und „Reagonomics“ eingeleiteten Wirtschaftsreformen im angelsächsischen Raum, die als deregulierende Konzepte in den neunziger Jahren von Helmut Kohl, aber teilweise auch unter Rotgrün in Deutschland umgesetzt wurden, haben Konsequenzen gezeitigt, die es nach den zugrundeliegenden Theorien nicht geben dürfte. Das freie Spiel der Finanzmärkte, in der neoklassischen Ökonomie häufig als Standardbeispiel für funktionierende Märkte verwendet, sind Auslöser der größten weltweiten Wirtschaftskrise seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und widerlegen so eindrucksvoll die These, dass freie Märkte und das „individuelle Streben nach (materiellem) Wohlstand“ am Ende eben den größtmöglichen Wohlstand für die gesamte Gesellschaft generieren müssen.

Die politische Linke hat auch in Zeiten der Krise den wirtschaftsliberalen Heilsbringern wenig entgegenzusetzen. Zu stark hat man selber in den letzten zehn Jahren auf die Selbstheilungskräfte des Marktes gesetzt, zu sehr wurde auch in der Sozialdemokratie die Marktgläubigkeit als Monstranz vorneweg getragen. Die gesellschaftliche Linke und mit ihr die Sozialdemokratie hat, anders als Reagan, Thatcher und – mit Abstrichen – Helmut Kohl, kein Konzept für eine Reform der sogenannten sozialen Marktwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte. So folgt die Linke, allen voran die Gewerkschaften wie auch die SPD, einer pragmatischen Politik, die die Krise kurzfristig (und teuer) mit staatlichen Hilfen überbrücken will, um anschließend in ein freudiges „weiter so!“ einzustimmen.

Die bisher getroffenen Maßnahmen deuten in diese Richtung: Eine wirtschaftlich und ökologisch zumindest zweifelhafte Abwrackprämie, die Diskussion über eine Schuldenbremse im Grundgesetz, ein von der CSU durchgesetztes Steuersenkungsprogramm, der wohl kaum vermeidbare Einstieg des Staates bei Automobilkonzernen usw. Unabhängig davon, dass jede einzelne Maßnahme durchaus politisch sinnvoll sein mag, so sind die angesprochenen Maßnahmen dennoch wirtschaftlich unwirksam oder wirken in eine falsche Richtung. Auch wenn die Anerkennung der

Nachfragekomponente durch die bisher stark angebotspolitisch orientierten WirtschaftspolitikerInnen generell begrüßenswert ist, so kann die Generierung von kurzfristiger Automobilnachfrage durch die privaten Haushalte die Tatsache der bestehenden Überkapazitäten in diesem Wirtschaftssektor nicht lösen. Die Vernichtung von funktionsfähigen Wirtschaftsgütern zum Zwecke der Erzeugung neuer Nachfragen erscheint bei genauerer Betrachtung sogar pervers. Insbesondere, wenn man die Ökobilanz dieser Maßnahme in die Überlegungen einbezieht. Die von der Union als Vorbereitung zum Bundestagswahlkampf durchgesetzten Reduzierungen der Einkommensteuer in Verbindung mit der künftigen Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge dürften die Krise sogar noch verschärfen. Durch den Verlust von Einnahmen des Staates reduziert sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Dem Wirtschaftskreislauf wird Nachfrage entzogen, da durch eine Reduktion der Einkommensteuer insbesondere die BezieherInnen von höheren Einkommen profitieren, die bereits jetzt eine relativ hohe Sparquote haben. Der gewünschte Effekt ist hier eher parteipolitisch zu suchen als wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Die aktuelle Debatte über die Einführung einer Schuldenbremse zeigt deutlich, dass der Neoliberalismus nicht tot ist. Wiederum, ähnlich wie bei den Maastricht-Kriterien, wird damit von den Marktgläubigen versucht, dem Staat Fesseln anzulegen. Man dürfe den Kindern und Kindeskindern keine Schuldenberge hinterlassen, der Staat müsse sich auf einen Nachwächterstaat zurücknehmen. Wir Jusos Bayern lehnen eine Schuldenbremse ab.

Sinnvolle Maßnahmen hätten in den vergangenen Jahren zuhauf ergriffen werden können. Alle hätten eine sinnvolle Ausweitung der Binnennachfrage, die gerade in Deutschland chronisch schwächelt, zur Konsequenz gehabt und würden nun die Folgen der Krise für Deutschland reduzieren.

Wir Jusos Bayern fordern:

- Re-Regulierung der globalen Finanzmärkte:
  - Änderungen im Bilanzrecht für mehr Transparenz aller Risiken, Verluste und Gewinne
  - Stärkere staatliche Aufsicht und Kontrolle über Rating-Agenturen, Haftung der Rating Agenturen
  - Erhöhung des Eigenkapitalanteils von Unternehmen
  - Regulierung von Hedge-Fonds und ähnlichen Produkten
  - Versorgung der Wirtschaft mit benötigten Krediten zu realistischen Zinssätzen sicher stellen

- Anbieten von fairen Konten und Krediten zu gleichen Bedingungen für Alle
  - Schaffung einer Umfassenden und gerechten Bürgerversicherung von Allen für Alle
- 
- Prinzipiell ist an privaten Beteiligungen an Unternehmen nichts auszusetzen. Das Problem ist vielmehr die Absicht und die Renditeerwartung. Unter anderem können gerade junge Firmen von dieser Art der Beteiligung profitieren, wenn Ihnen von Banken kein oder nur wenig Kredit gewährt wird. Allerdings hat sich gezeigt, dass die meisten Privat-Equity-Firmen (PEF) nicht an langfristigen, strategischen Investitionen sondern an schnellem Profit interessiert sind. Private Equity kann für Unternehmen von Vorteil sein. Allerdings benötigt dieser Sektor genaue Regularien. Unter anderem dürfen PEF nur zu einem gewissen Grad Anteile an dem Unternehmen erwerben, Mindesthaltefristen der Anteile bis zu einer möglichen Veräußerung, Besteuerung der Gewinne aus dem Investment vor Ort. Zudem dürfen Kredite, die für den Anteilskauf an einem Unternehmen aufgenommen wurden, nicht auf das Unternehmen übertragen werden.
  - Es muss ein international verpflichtendes Regelwerk für die Eigenkapitalvorschriften für Banken nach dem Vorbild von Basel II unter Einschluss der USA geschaffen werden. Die Probleme auf den Finanzmärkten resultieren unter anderem auch aus der Tatsache, dass die USA Basel II bislang nicht umgesetzt haben. Ein solches weltweites Regelwerk erleichtert aber die Risikoeinschätzung aller am Markt beteiligten Teilnehmer. Gleichzeitig muss ein solches Regelwerk aber sicherstellen, dass es anders als Basel II nicht prozyklisch wirkt.
  - Alles muss in die Bilanz. In Zukunft dürfen keine Werte mehr außerhalb der Bilanz geführt werden. Bisher konnten Banken usw. Bereiche in sog. Zweckgesellschaften auslagern und diese dann nicht in die eigene Bilanz aufnehmen. Mit dieser Praktik muss Schluss sein. Wenn man etwas vor der Bilanz und somit vor Prüfungen und Investoren verstecken muss, ist das nicht nur verdächtig, sondern im hohen Maße Betrug. Und diesen gilt es dann zu bestrafen. Risiken müssen verpflichtend in einem standardisierten Schema dargelegt werden.
  - Wer einen Kredit vergibt, trägt auch das Risiko. Generell begrüßen die Jusos Bayern das Risikobegrenzungs-gesetz welches im Juni 2008 im Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Allerdings ist dieses noch nicht ausreichend. Das Handeln von Krediten bedarf der vorherigen Zustimmung der Kreditnehmer. Ohne deren Zustimmung verbleibt der Kredit beim vergebenden Institut. Bei Veräußerungen von Firmenkrediten muss, ebenso wie bei Privatkrediten, ein Teil des Risikos bei dem ursprünglichen Kreditgeber in der Bilanz verbleiben. Ein Zinsaufschlag auf sog. Kreditverträge mit Abtretungsverbot ist unzulässig.
  - Leerverkäufe sind reine Spekulation und können den wahren Marktpreis vernebeln. Die Spekulation auf Aktienkurse kann dazu führen, dass auf die Aktien Druck in Form von

Behauptungen, Krisenmeldungen usw. ohne Bestand ausgeübt wird um einen entsprechenden Kurs zu bekommen. Leerverkäufe dienen keinem volkswirtschaftlichen Zweck sondern im Gegenteil führen sie dazu die realen Preise im Sinne der Angebots- und Nachfragesystematik durch Spekulation ungerechtfertigt steigen oder sinken. Sie sind deswegen zu verbieten.

- Steueroasen sind Regionen mit Gesellschaften und nicht vorhandenen Kontrollgremien die mit der Absicht, sich und seine Geschäfte vor den Kontroll- und Steuervorschriften anderer Länder zu verbergen. Einheitliche Steuersätze in den Regionen, z. B. Einheitssteuern in der EU für Kapitalerträge usw., würden zu einer Eindämmung führen. Im zweiten Schritt müssen diese Offshore-Plätze stillgelegt bzw. geächtet werden. Firmen die z. B. im Europäischen Raum u.a. mit Finanzprodukten handeln wollen, dürfen keinen Sitz auf einem dieser Offshore-Finanzplätze haben.
- Für Staatsfonds müssen die gleichen Offenlegungsregelungen gelten wie für Privat-Equity-Fonds.
- Eine massive Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland
  - Erhöhung der Reallöhne, vor allem für BezieherInnen niedriger und mittlerer Einkommen. Das schließt deutliche Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst als positives Beispiel mit ein. Außerdem muss durch eine sinnvolle Regulierung des Arbeitsmarktes ein positives Umfeld für eine Erhöhung der Reallöhne geschaffen werden.
  - Erhöhung der Hartz IV-Sätze, dazu eigenständiger Satz für Kinder und Jugendliche
  - Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors
  - Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 7,50 Euro, der regelmäßig an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst werden muss.
  - Verwirklichung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, d.h. massive Eindämmung von Leiharbeit, keine Diskriminierung, Gleichstellung der Geschlechter
  - Einführung der BürgerInnenversicherung
  - Abschaffung der Rente mit 67, des demografischen Faktors etc. Erhöhung der niedrigen und mittleren Renten
- Stärkung der Konjunktur:
  - Konjunkturprogramm III in Deutschland, dabei kann über eine Änderungen der Umsatzsteuer diskutiert werden; es darf aber keine Schnellschüsse bei der Umsatzsteuer geben, die die Ausgestaltung noch unlogischer als bisher machen
  - Abstimmung der Investitionsprogramme innerhalb der EU

- Steuern – Schuldenbremse:
  - Ablehnung der Schuldenbremse
  - Verteilung der Kosten, starke Schultern müssen mehr tragen. Deshalb Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Börsenumsatzsteuer, Tobin-Tax
  
- Internationale Solidarität:
  - Entwicklungs- und Schwellenländer sind besonders von der Krise betroffen, da sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen. Daher bedarf es einer internationalen Abstimmung der Hilfen und Reformen der Weltbank und des IWF.

### **Bad Banks – nur nach unseren Regeln**

#### Bad Banks – nur nach unseren Regeln

Wir Jusos begrüßen die getroffenen Regelungen zu Bad Banks. Wichtig ist nun, eine Regelung zu finden, was bei einem Insolvenzfall einer Bank mit eigener Bad Bank und den daraus resultierenden Forderungen des Bundes wg. der dann zu leistenden Garantien und weiteren entstehenden Kosten passiert. Hierzu begrüßen wir den Vorschlag der SPD einer Einführung einer allgemeinen Restrisiko-Umlage (technisch gesehen eine Sonderabgabe) für die gesamte Finanzbranche. Auch diejenigen, die kein Gift gekauft haben, profitieren von der Hilfe, die der Bund jetzt leisten. Das schafft Vertrauen in einen ganzen Sektor der Volkswirtschaft für alle Finanzmarktteilnehmer. Und es ist Solidarität unter den Finanzwirtschaft gefragt, dass sich auch alle daran beteiligen.

Denn es ist auch weiterhin klar, dass Verluste von Kredit- und Finanzinstituten nicht sozialisiert werden.

Diese Form der Solidarität soll auch dann noch gelten, wenn die Krise bewältigt worden ist, um solidarisch evtl. Verluste des Staates durch notwendigerweise eingelöste Bürgschaften zu begleichen inkl. aller für den Staat entstandenen Kosten.